

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Ute Koczy, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**– Drucksache 16/11211 –**

### **Korruptionsbekämpfung bei Hermesbürgschaften**

#### **A. Problem**

Ernennung eines unabhängigen Antikorruptionsbeauftragten für Hermesbürgschaften; Verankerung von Vertragsstrafen in den Deckungsverträgen; Abschaffung von Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/11211 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Dr. Herbert Schui**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Herbert Schui

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/11211** wurde in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. März 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, wirksame Maßnahmen gegen Korruption zu ergreifen. Diesbezüglich sollten auffällige Unternehmen mittelfristig keine Garantien mehr erhalten und in den Deckungsverträgen eine Vertragsstrafe von 10 Prozent der Deckungssumme festgelegt werden. Zudem solle für Großprojekte eine generelle Wirtschaftlichkeitsprüfung anhand konkreter Rentabilitätskriterien eingeführt werden und für alle Bürgschaften ein unabhängiger Antikorruptionsbeauftragter ernannt werden.

Um Korruption bei der Vergabe von Hermesbürgschaften zu vermeiden, sei es wichtig, deren Transparenz und demokratische Kontrolle deutlich zu erhöhen. So müsse die Öffentlichkeit frühzeitig über die Rahmendaten aller Projekte informiert werden und es sei dafür zu sorgen, dass sowohl Parlamentarier als auch Organisationen der Zivilgesellschaft an den geheimen Sitzungen des Interministeriellen Ausschusses teilnehmen dürften. Für Rüstungsexporte solle es grundsätzlich keine Hermesbürgschaften mehr geben.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/11211 verwiesen.

Berlin, den 13. Mai 2009

**Dr. Herbert Schui**  
Berichtersteller

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 141. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

### IV. Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 93. Sitzung am 13. Mai 2009 abschließend beraten.

Der Ausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11211 zu empfehlen.

